



Antragsbuch
- beschlossen -

Parteitag der SPD Düsseldorf
„Arbeit und Soziales“

9.12.2008
Comenius-Gymnasium

Antragsverzeichnis

Antrag 1 ELEMENTE FÜR EIN SOZIALDEMOKRATISCHES KOMMUNALWAHLPROGRAMM FÜR DÜSSELDORF	3
Antrag 2 „INITIATIVEN ZUR BESCHÄFTIGUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN“	6
Antrag 3 „BESCHÄFTIGUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN“	7
Antrag 4 „AWISTA“	8
Antrag 5 HÄNDE WEG VOM ARBEITNEHMERWEITERBILDUNGSGESETZ (AWBG) NRW	9
Antrag 6 ÄNDERUNG LEG-STATUS	10
Antrag 7 ERHALT ALLER ARBEITSPLÄTZE DER CALL-CENTER DER DEUTSCHEN TELEKOM AG.....	11
Antrag 8 RENTE MIT 67 – VORPROGRAMMIERTE ALTERSARMUT	13
Antrag 9 VERÖFFENTLICHUNG DER DATEN ZUR ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT	14
Antrag 10 SOFORTMAßNAHMEN ZUM SCHUTZ DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG, DER ERWERBSLOSEN, DER JUGEND UND DER RENTNER GEGEN DIE KRISE!	15
Antrag 11 NEIN ZUR PRIVATISIERUNG DER BAHN	17
Antrag 12 KLINIKEN DES LANDSCHAFTSVERBANDES RHEINLAND (LVR)	19
Antrag 13 REICHES LAND - ARME FRAUEN?	21
Antrag 14 GENDERGEMÄßE STATISTIKEN	23
Antrag 15 UMBAU DER ARGE	24
Antrag 16 BILDUNGSCHANCEN UND SOZIALE HERKUNFT ENTKOPPELN.....	25
RESOLUTION: FÜR EIN SOZIALES EUROPA.....	27

ANTRAG 1

ELEMENTE FÜR EIN SOZIALDEMOKRATISCHES KOMMUNALWAHLPROGRAMM FÜR DÜSSELDORF

Antragsteller: AfA

Unter dem Aspekt der Sicherung und des Ausbaus der kommunalen Daseinsvorsorge hat die SPD-Düsseldorf in den zurückliegenden Monaten wichtige Positionen herausgearbeitet, die als zentrale Elemente in ein sozialdemokratisches Kommunalwahlprogramm einfließen müssen.

1. Grundlage sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist die Sicherung der sozialen Grundlagen durch die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Dazu setzt sozialdemokratische Politik in der Kommune auf drei Ebenen an:

- (a) Durch die Sicherung des Industriestandortes Düsseldorf und eine Politik der Sicherung und der Ansiedlung von Gewerbe durch die Ausweisung entsprechender Flächen und die Schaffung der erforderlichen Infrastruktur.
Erhalt des Hafens als Standort für Gewerbe, Handel und Dienstleistung.
Einrichtung eines kommunalen Ausbildungspakts mit der örtlichen Wirtschaft (Selbstverpflichtungen zur Gewährleistung einer 100%-Ausbildungsquote: „kein Jugendlicher ohne Lehrstelle“)
Schaffung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen, um Eltern und alleinerziehenden Elternteilen eine Vollzeitätigkeit zu ermöglichen und in Anerkennung des demografischen Wandels den Zuzug von jungen Familien nach Düsseldorf zu fördern (z.B. kostenlose Kitaplätze für alle, Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindern; bezahlbarer Wohnraum in attraktiven Lagen)
Ausbau der und Investitionen in die Berufsausbildungs- und Qualifizierungsangebote an kommunalen Bildungseinrichtungen zur besseren Integration von Arbeitslosen, schwer vermittelbaren Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft
Intensivierung der Vermittlungsbemühungen von Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden durch den Ausbau der Personalkapazitäten bei der ARGE und einem verstärkten Dialog mit der örtlichen Wirtschaft
- (b) Durch eine Politik der Auftragsvergabe, die i.S. der Tariftreue Lohn- und Sozialdumping unterbindet.
- (c) Durch die Schaffung öffentlicher Arbeit in der Kommune zur Erledigung der Aufgaben, die gegenwärtig nicht mehr erledigt werden, in die Erwerbslose vermittelt, in tarifvertraglich gesicherten Arbeitsverhältnissen Löhne erhalten, Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zahlen. Ein erster Schritt dazu ist die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsplätze.

2. Grundlage sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist der Kampf gegen die Armut in der Stadt durch z.B.:

- sozialpolitische Initiativen und die Organisierung von Hilfsangeboten, die den von Armut Betroffenen oder Bedrohten konkrete Hilfestellungen und Unterstützungen anbieten. Dazu ist z.B. der Bezirkssozialdienst (BSD) personell-fachlich entsprechend der Aufgabenzuwächse und –differenzierungen aufzustocken und auszustatten;
- ein kostenfreies und gesundes Mittagessen für jedes Kind in Kita, Schule usw.

1 **3. Grundlage sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist die Rückführung und**
2 **Sicherstellung von kommunalen Aufgaben und kommunaler Verwaltung durch**
3

- 4 ■ die Beendigung des Privatisierungskurses, den breitesten Teile der Bevölkerung ablehnen, weil sie wissen, dass die Privatisierung öffentlicher Dienste nicht nur zu Lasten der Beschäftigten als Opfer der Privatisierung und zu Lasten der Tarifverträge aller geht, sondern natürlich zu Lasten der Bevölkerung, die diese öffentlichen Dienste nutzen will, die auf sie angewiesen ist;
- 9 ■ die Beendigung von Ausgliederungen und Fremdvergabe, sei es bei den Werkstätten, beim Reinigungsdienst, der Datenverarbeitung usw., Reinigung und Grünpflege bleiben bzw. werden wieder städtisch;
- 12 ■ die Rekommunalisierung zentraler gesundheits- und sozialpolitischer Institutionen, wie den Kliniken und Seniorenzentren, mit denen die Kommune ihrer Verantwortung für Gesundheit und Pflege nachkommt;

15
16 durch

- 18 ■ die Schaffung adäquater Personalschlüssel für die Erzieherinnen bei erweiterten Öffnungszeiten, die Bereitstellung von zusätzlichem Personal in besonders belasteten Wohnquartieren und v.a. durch die Reduzierung der Gruppenstärke und die Verbesserung der tariflichen Eingruppierung;
- 22 ■ die Schaffung und Besetzung von Stellen, um so v.a. die Bereiche der Stadtverwaltung, die längst über die Grenzen ihrer Möglichkeiten hinaus - bei wachsenden Anforderungen, wie z.B. dem BSD – wieder arbeits- und handlungsfähig zu machen;
- 25 ■ die Realisierung einer 7%igen-Ausbildungs-Quote, die Sicherstellung von qualifizierter Ausbildung in allen Fachämtern, die Möglichkeiten zur kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung beim kommunalen Studieninstitut: Fort- und Weiterbildung müssen zurück in die Organisation der Stadtverwaltung,

30 **4. Grundlage sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist die Sicherstellung einer**
31 **verlässlichen Ver- und Entsorgung durch**
32

- 33 ■ den Erhalt der einheitlichen AWISTA und die Einhaltung und Fortschreibung der Vereinbarungen über die weitere Preis- und Leistungsentwicklung, die für beide Seiten langfristig kalkulierbar sein müssen;
- 36 ■ den Erhalt der Düsseldorfer Stadtentwässerung (SEW), die Sicherung der hohen Standards für den Abwasser- und Trinkwasserbereich, den Austausch ineffizienter Kläranlagentechnik gegen moderne und energieeffiziente Technik, kalkulierbare Preise für die Bürger/-innen und das Bekenntnis zu einer Trinkwasser- und Abwasseraufbereitung als feste Bestandteile der kommunalen Daseinsvorsorge.

42 **5. Grundlage sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist die Sicherstellung eines**
43 **verlässlichen und attraktiven ÖPNV durch**
44

- 45 ■ die Rheinbahn;
- 46 ■ den innerstädtischen Vorrang für den ÖPNV, die Verbesserung der Anbindung der Peripherie und in den Abend- und Nachtstunden;
- 48 ■ entsprechende Planung, die die Rheinbahn als zentrales Element öffentlicher Daseinsfürsorge sichert und somit dazu beiträgt, dass der ÖPNV bezahlbar bleibt, obwohl in den Erhalt und den Ausbau seiner Infrastruktur investiert wird;
- 51 ■ eine verbesserte, zuverlässige regionale Vernetzung und Anbindung des ÖPNV mit dem übrigen SPNV.
- 52

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20

6. Grundlage sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist die Verteidigung der Sparkassen gegen jede Form der Privatisierung durch

- die Zurückweisung der entsprechenden Versuche der CDU-FDP-Landesregierung, die klare Betonung der Tatsache, dass die öffentlich-rechtlichen Sparkassen das unverzichtbare Gegengewicht zu den Privatbanken sind, wie nicht erst die Krise belegt, und sie deshalb vor jeder Form der Übernahme in den Sumpf der Spekulation zu schützen sind.

7. Grundlage sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist der Ausbau und Erhalt der Infrastruktur durch

- die Sicherung der städtischen Beteiligung am Flughafen, der für die Region unverzichtbar ist, wie seine ca.17.000 Arbeitsplätzen auf dem Betriebsgelände und die ca. 50.000 mittelbar vom Flughafen abhängigen Arbeitsplätzen;
- die Weiterentwicklung des Flughafens entsprechend der Infrastrukturerfordernisse, der Belange des Umwelt- und Anwohnerschutzes sowie der Zielsetzung der Schaffung weiterer Arbeitsplätze.

1 ANTRAG 2

3 „INITIATIVEN ZUR BESCHÄFTIGUNG 4 VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN“

6 **Antragsteller: AfA**

7 **Adressat: SPD Ratsfraktion**

9 Die SPD Ratsfraktion ergreift die politische Initiative im Rat für die Errichtung eines CAP-
10 Marktes (Menschen mit Handi**CAP**) in Düsseldorf. Dabei muss sichergestellt werden, dass
11 die Arbeitnehmer/-innen gemäß dem durch ver.di ausgehandelten Tarifvertrag bezahlt
12 werden. Die Trägerschaft sollte in Kooperation mit den Verbänden von Menschen mit Be-
13 hinderungen und der Kommune übernommen werden. Nachgelagerte Dienstleistungen
14 des CAP-Marktes, wie z.B. Hauslieferungen werden ebenfalls in dieser Kooperation
15 durchgeführt.

16 Ausdrücklich ausgeschlossen sind als Kooperationspartner private Dienstleister.

18 **Begründung:**

19 Erläuterungen zum CAP-Markt: „Unser Grundgedanke ist die Verbesserung der Arbeits-
20 platzsituation und die Erweiterung der Möglichkeiten für die Beschäftigung von Menschen
21 mit Behinderung. Durch die Eröffnung von zentrumsnahen Lebensmittelmärkten unter
22 dem Namen

23 CAP... der Lebensmittelpunkt erschließen wir eine neue Chance geeignete Arbeitsplätze
24 für diese Menschen außerhalb der Werkstatt zu schaffen und diese auch langfristig zu
25 sichern. Menschen mit Behinderung, also Menschen mit Handi**CAP**, sind das Herzstück
26 dieser Lebensmittelmärkte, daher auch unsere Namensgebung.

28 Und: für behinderte Menschen stellt CAP tatsächlich ein Lebensmittelpunkt dar. Aber nicht
29 nur für sie, sondern auch für die Kunden und deren Familien sollen die CAP-Märkte durch
30 ihre sehr persönliche Betreuung und das „immer offene Ohr“ ein Lebensmittelpunkt wer-
31 den. Durch die umfangreiche Sortimentsauswahl, abgestimmt auf Standort und Kunden-
32 struktur, durch die Qualität der Produkte und die Dienstleistungen im Rahmen des Marke-
33 tes wird der Kunde überzeugt, nicht zuletzt weil er sich durch Anregungen und Wünsche,
34 soweit möglich, in die Angebotsoptimierung selbst einbringen kann. Der Bedarf ist groß!
35 Denn durch das Abwandern der Lebensmittelmärkte in die Randbereiche entstanden -
36 und entstehen noch - Versorgungslücken für diejenigen Bewohner, die auf ein zu Fuß
37 erreichbares Angebot zur Deckung ihres täglichen Bedarfs angewiesen sind. Die Eröff-
38 nung von Vollsortimentsgeschäften im Ortskern schafft Abhilfe durch ihre bequeme Er-
39 reichbarkeit und eröffnet zudem die Möglichkeit Arbeitsplätze für Menschen mit Behinde-
40 rung zu schaffen, die nach entsprechenden Schulungen die dort auszuführenden Tätigkei-
41 ten problemlos erfüllen können. Die CAP-Märkte fördern zudem die Entwicklung des Ge-
42 meinwesens durch ihre innerörtliche, wohnortnahe Versorgung, die insbesondere auch im
43 Interesse der Kommunen liegt. CAP ist ein gelungener Beitrag zur Zusammenarbeit von
44 behinderten und nichtbehinderten Menschen und zur Integration von Menschen mit Be-
45 hinderung in die Gesellschaft.“

1 **ANTRAG 3**

2

3 **„BESCHÄFTIGUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN“**

4

5 **Antragsteller: AfA**

6 **Adressat: SPD Düsseldorf + SPD Ratsfraktion**

7

8 Die SPD Düsseldorf und die SPD Ratsfraktion ergreifen die Initiative, wonach in Düsseldorf
9 ansässigen Unternehmen und Verwaltungen, die die Beschäftigungsquote von Schwerbe-
10 hinderten nicht erfüllen, öffentlich aufgefordert werden, ihre soziale Verantwortung wahr-
11 zunehmen und umzusetzen. Die Stadt Düsseldorf soll die Beschäftigungsquote von
12 Schwerbehinderten aller Unternehmen und Verwaltungen mit mehr als 100 Beschäftigten
13 ermitteln und – auch im Internet – veröffentlichen. Über die Erfolge der Integrationsmaß-
14 nahmen wird regelmäßig (quartalsweise) berichtet.

15

1 **ANTRAG 4**

2

3 **„AWISTA“**

4

5 **Antragsteller: AfA**

6 **Adressat: SPD Ratsfraktion**

7

8 Die SPD Düsseldorf tritt ein für den Erhalt der einheitlichen AWISTA. Insofern wendet sie
9 sich gegen die geplante Gründung einer AWISTA Logistik GmbH. Sollten diese Pläne nicht
10 verhindert werden können, fordert die SPD Düsseldorf die AWISTA Gesellschaft für Ab-
11 fallwirtschaft und Stadtreinigung mbh auf, bei der geplanten Gründung der Tochtergesell-
12 schaft, der AWISTA Logistik GmbH, nicht vom bisherigen Tarifgefüge abzuweichen.

13

14 **Begründung:**

15 Die Stadtwerke Düsseldorf AG ist an der AWISTA mit 51 % und die REMONDIS Kommu-
16 nale Dienste Rheinland GmbH mit 49 % beteiligt. In einem Konsortialvertrag mit der Stadt
17 Düsseldorf ist festgelegt, dass die AWISTA bis 2018 für die Abfallentsorgung und Stra-
18 ßenreinigung in Düsseldorf zuständig ist. In Zusammenarbeit mit der REMONDIS GmbH
19 bemüht sich die AWISTA auch um Aufträge aus den Nachbargemeinden.

20 Um konkurrenzfähig zu bleiben, ist beabsichtigt, der neu zu gründenden Tochtergesell-
21 schaft die Durchführung der gewerblichen Aufträge zu übertragen und es sollen gewerbli-
22 che Mitarbeiter eingestellt werden.

23 Über das Tarifgefüge der neuen Tochtergesellschaft ist mit der Gewerkschaft ver.di Eini-
24 gung zu erzielen.

25

1 **ANTRAG 5**

2
3 **HÄNDE WEG VOM ARBEITNEHMERWEITERBILDUNGSGESETZ (AWBG) NRW**

4
5 **Antragsteller: AfA**

6 **Adressat: SPD Landtagsfraktion + SPD Bundestagsfraktion**

7
8 Die SPD Landtagsfraktion und SPD Bundestagsfraktion werden aufgefordert, jedwede Initiative, die darauf abzielen, „die unverhältnismäßigen Anforderungen des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zu beseitigen“, zurückzuweisen.

11
12
13 **Begründung:**

14 „Arbeitnehmerweiterbildung dient der beruflichen und der politischen Weiterbildung“ (§ 1
15 Abs. 2 AWbG). Nach § 9 gelten Bildungsveranstaltungen als anerkannt, wenn sie z.B. von
16 Volkshochschulen oder nach dem Weiterbildungsgesetz) anerkannten Einrichtungen gemäß
17 den Bestimmungen des Weiterbildungsgesetzes durchgeführt werden und nicht der
18 Gewinnerzielung oder überwiegend einzelbetrieblichen oder dienstlichen Zwecken dienen.
19 Damit sind sie ausdrücklich weder ein Objekt des Wettbewerbs, noch betrieblicher
20 Interessen. Sie dienen in besonderem Maße der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

21 Am 16.10.2008 hat die EU-Kommission angekündigt, dass sie ein Vertragsverletzungsverfahren
22 wegen Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit gegen Deutschland einleiten will.
23 In der PM vom 16.10.08 heißt es dazu: „Die Kommission hat beschlossen, der Bundesrepublik
24 Deutschland eine zusätzliche mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln und diese
25 aufzufordern, die unverhältnismäßigen Anforderungen des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes
26 des Landes Nordrhein-Westfalen zu beseitigen. Das deutsche Gesetz sieht für die Anerkennung
27 von Bildungseinrichtungen Kriterien vor, die nicht mit Artikel 49 EG-Vertrag über die
28 Dienstleistungsfreiheit vereinbar sind und somit die Erbringung von Dienstleistungen durch
29 Bildungseinrichtungen anderer Mitgliedstaaten auf ungerechtfertigte Art und Weise einschränken
30 oder erschweren.“

31
32 Wir sprechen der EU-Kommission das Recht ab, in diese nach wie vor zentrale bildungspolitische
33 Errungenschaft der Arbeitnehmerschaft einzugreifen.

1 **ANTRAG 6**

2

3 **ÄNDERUNG LEG-STATUS**

4

5 **Antragsteller: AfA**

6 **Adressat: SPD Landtagsfraktion**

7

8 Die SPD-Fraktion im Landtag NRW wird aufgefordert, die Rückführung der LEG (Landes-
9 entwicklungsgesellschaft) in staatliches Eigentum einzuleiten.

10

11 **Begründung:**

12

13 Die Antragsteller befürchten, dass der derzeitige Eigentümer, der Immobilienfonds White-
14 hall, die Mieter durch zukünftige Mieterhöhungen massiv unter Druck setzen werden.

15 Daneben erwartet der Mieterbund, dass die derzeitigen Mieter zum Kauf der Wohnungen
16 gebracht werden sollen, um so das Risiko von der Gesellschaft auf die einzelnen Käufer
17 abzuwälzen.

18

19 Die angekündigte Sozialcharta zum Schutz der Mieter ist nicht eingeführt worden. Somit
20 haben die Mieter nur die Möglichkeit, sich direkt an die Landesregierung zu wenden, soll-
21 ten sie Schwierigkeiten mit dem neuen Eigentümer bekommen. Da dies nicht zu erwarten
22 ist, muss hier der von uns geforderte Weg eingeschlagen werden, um die Mieter wieder in
23 ihren Rechten stärken zu können und soziale Nachteile verhindern zu können.

1 **ANTRAG 7 -> RESOLUTION**

2
3 **ERHALT ALLER ARBEITSPLÄTZE DER CALL-CENTER DER DEUTSCHEN**
4 **TELEKOM AG**

5
6 **Antragsteller: AfA**

7 **Adressat: Vorstand der Telekom AG + SPD Landtagsfraktion + SPD Bun-**
8 **destagsfraktion**

9
10 Der Parteitag möge beschließen, dass die Deutsche Telekom AG ihr CallCenter-Konzept
11 beschäftigungsgerecht verändern muss und die Arbeitsplätze tatsächlich erhalten bleiben!

12
13 **Begründung:**

14 Die SPD Düsseldorf ist angesichts der Pläne der Deutschen Telekom AG zur Schließung
15 der Mehrzahl ihrer CallCenter-Standorte der Deutschen Telekom Kundenservice GmbH in
16 NRW in großer Sorge um die Situation der Beschäftigten und deren Angehörigen. In NRW
17 sind CallCenter in den Städten Aachen, Detmold, Hagen, Iserlohn, Köln, Krefeld, Me-
18 schede, Mönchengladbach, Münster und Wesel von der geplanten Schließung betroffen.

19
20 Das heißt: In NRW sollen von 14 Standorten nur noch 5 (Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düs-
21 seldorf und Recklinghausen) erhalten bleiben. Auch wenn Düsseldorf nicht direkt betrof-
22 fen ist, so bedeutet diese Zentralisierung für rund 4.000 Beschäftigte massive Einschnitte.
23 Die Schließung der CallCenter und die Verlagerung der Arbeitsplätze hat für viele Mitar-
24 beiterInnen und Mitarbeiter gravierende Konsequenzen: längere Fahrtzeiten zur Arbeit
25 von zwei bis vier Stunden täglich und höhere finanzielle Aufwendungen. Für die Mehrzahl
26 der Betroffenen - insbesondere für die große Zahl an Frauen (30 Prozent der Beschäftig-
27 ten in der Deutschen Telekom Kundenservice GmbH sind weiblich), die teilzeitbeschäftigt
28 sind, aber auch für zahlreiche schwerbehinderte KollegInnen (10 Prozent der Beschäftig-
29 ten in der Deutschen Telekom Kundenservice GmbH sind schwerbehindert) - ist es unzu-
30 mutbar und faktisch unmöglich, diese Ersatzarbeitsplätze überhaupt anzunehmen (zum
31 Beispiel von Aachen nach Bonn, von Wesel nach Düsseldorf oder von Meschede nach
32 Dortmund).

33
34 Auch Auszubildende sind von den Standortschließungen massiv betroffen, da diese wäh-
35 rend des Betriebseinsatzes an den verbleibenden Standorten ebenso längere Fahrtzeiten
36 haben und zusätzliche finanzielle Aufwendungen tragen müssen!

37
38 Das Konzept der Deutschen Telekom kommt somit im Ergebnis Kündigungen gleich.

39
40 Die SPD Düsseldorf teilt die Sorge der Beschäftigten, dass durch die Umstrukturierung
41 Druck auf sie ausgeübt werden soll, das Unternehmen zu verlassen. Die SPD Düsseldorf
42 fordert daher den Vorstand der Deutschen Telekom AG auf, seiner sozialen Verantwor-
43 tung gerecht zu werden und die Sorgen und Nöte ihrer Beschäftigten in den Vordergrund
44 zu stellen. Die Deutsche Telekom AG hat die soziale Verpflichtung, in den Verhandlun-
45 gen in der Einigungsstelle zum Interessenausgleich und Sozialplan mit dem Gesamtbe-
46 triebsrat, auf die Beschäftigten zuzugehen und Lösungen zu finden, die den sozialverträg-
47 lichen und tatsächlichen Erhalt der Arbeitsplätze - auch an den bisherigen Standorten -
48 zum Ziel haben.

49
50 Zwischen den wirtschaftsstrategischen Entscheidungen des Unternehmens und den Inte-
51 ressen der Beschäftigten muss es einen gerechten Ausgleich geben. Die Deutsche Tele-

- 1 kom braucht ein Betriebsklima, in dem Unternehmensspitze und Belegschaft vertrauens-
- 2 voll zusammenarbeiten - im Interesse einer guten wirtschaftlichen Entwicklung des Unter-
- 3nehmens, der Beschäftigungssicherung im Konzern und zufriedener Kunden.

1 **ANTRAG 8**

2
3 **RENTE MIT 67 – VORPROGRAMMIERTE ALTERSARMUT**

4
5 **Antragsteller: AfA**

6 **Adressat: SPD Bundestagsfraktion**

7
8 Die SPD Düsseldorf fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, den Beschluss zur Verlänge-
9 rung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre sofort zurück zu nehmen. Für die Arbeitnehme-
10 rInnen sollen sofort wieder Möglichkeiten zum gleitenden Übergang in die Rente geschaf-
11 fen werden.

12 Rentenpolitik darf keiner Altersarmut Vorschub leisten.

13
14
15 **Begründung:**

16 Im Vorfeld der Entscheidung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit, warnte der DGB in
17 einer Stellungnahme, dass diese Entscheidung zur verkürzten Rentenbezugsdauer und zur
18 Senkung des Rentenniveaus führen werde.

19 Gepaart mit den Maßnahmen Abschaffung der Altersteilzeit und der Zwangsverrentung
20 Arbeitsloser wird diese Entwicklung noch weiter beschleunigt.

21
22 Die Erwerbsquote - auch nach der letzten Renten"reform" (höhere Abschläge bei Frühver-
23 rentung) - der 55-59jährigen beträgt immer noch nur rund 50%. 5% der 65jährigen sind
24 in Arbeit, wenn sie in Rente gehen. (IAB, Kurzbericht 19.12.2007)

25
26 Tatsache ist, dass die KollegInnen entlassen werden, in Altersteilzeit gehen müssen, weil
27 sie nicht mehr können oder inzwischen schwerbehindert sind.

28 Ein Kollege der IG-BAU: „Die, die das beschließen, haben nie im Baugewerbe gearbeitet,
29 geschweige denn einen Schichtbetrieb erlebt“. Eine Krankenschwester: „In der Klinik gibt
30 es keine Schwester, die kerngesund auf einer normalen Pflegestation arbeitet und älter
31 als 50 ist.“ Es gibt kaum einen Beruf, den man jahrzehntlang ohne Schäden ausüben
32 kann.

33
34 Die Alterteilzeitregelung wurde von den Arbeitgebern zum Arbeitsplatzabbau benutzt.
35 Doch es bleibt auch mit den neuen Regelungen bei der Zerstörung der Arbeitsplätze. Mit
36 einem Unterschied: Die KollegInnen, die ausgebrannt sind durch ihre jahrzehntelange
37 Arbeit, werden direkt in die Arbeitslosigkeit entlassen und dann ab 60/63 Jahren in die
38 Zwangsverrentung mit den entsprechenden Abschlägen bei ihrer Rente.

39 Die Zwangsverrentung führt zur Entlastung der Arbeitgeber. Sie sind die Gewinner, die
40 Verlierer die ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen, die geringere Leistungen erhalten.

1 **ANTRAG 9**

2

3 **VERÖFFENTLICHUNG DER DATEN ZUR ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT**

4

5 **Antragsteller: AfA**

6 **Adressat: SPD Bundestagsfraktion**

7

8 Die SPD Düsseldorf fordert Bundesarbeitsminister Olaf Scholz auf, neben der offiziellen
9 Zahl der Arbeitslosen auch folgende Zahlen differenziert (z.B. nach Geschlecht, Nationali-
10 tät etc.) zu veröffentlichen:

11

12 Die Zahlen...

13

- 14 ■ der arbeitslosen Ü55, die nicht mehr in der Zahl der Arbeitslosen enthalten sind;
- 15 ■ der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in „Maßnahmen“;
- 16 ■ der 1-Euro-Jobber, die auch in der Zahl der Arbeitslosen nicht gezählt werden;
- 17 ■ der "working poor", die eine Hartz-4-Unterstützung erhalten;
- 18 ■ derjenigen, die Kurzarbeit leisten müssen;
- 19 ■ der befristet Beschäftigten;
- 20 ■ der als Leih- bzw. Zeitarbeiter Beschäftigten.

21

22 Die Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten sollen eine dem Antrag geeignete parlamen-
23 tarische Initiative ergreifen, die zur Veröffentlichung dieser Zahlen führt.

24 Über diese parlamentarischen Initiativen wird regelmäßig dem UB berichtet.

25

1 **ANTRAG 10**

2
3 **SOFORTMAßNAHMEN ZUM SCHUTZ DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG,**
4 **DER ERWERBSLOSEN, DER JUGEND UND DER RENTNER GEGEN DIE KRISE!**

5
6 **Antragsteller: AfA**

7 **Adressat: SPD Landtagsfraktion + SPD Bundestagsfraktion**

8
9 Die Streiks, Demonstrationen und Aktionen der zurückliegenden Wochen, seien es die der
10 Metaller, der Beschäftigten des Gesundheitswesens, oder die der Schülerinnen und Schü-
11 ler zeigen in aller Klarheit:

12
13 Wir brauchen dringend Entscheidungen und Maßnahmen

- 14
- 15 ■ gegen die drohenden Entlassungen angesichts der Krise, gegen Armutslöhne, für die
16 Stärkung der Kaufkraft, für die Verteidigung der Tarifverträge gegen Lohn- und Sozi-
17 aldumping, für die Umwandlung der 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Be-
18 schäftigungsverhältnisse;
 - 19 ■ für die materielle und personelle Ausstattung der Krankenhäuser – u.a. zur Finanzie-
20 rung des Tarifabschlusses – damit sie ihrem Auftrag wieder nachkommen können im
21 Volumen von 50 Mrd. Euro, wie es verdi errechnet hat, die Zurücknahme der Zuzah-
22 lungen und Praxisgebühren im Gesundheitswesen und die Aussetzung des Gesund-
23 heitsfonds, als direkte, die Haushalte der Versicherten entlastende und ihre Gesund-
24 heit fördernde Maßnahmen;
 - 25 ■ für die Schaffung der materiellen und personellen Ausstattung aller Bildungseinrich-
26 tungen, für die Ausbildung und Einstellung von ausreichend Erzieher/-innen, von Leh-
27 rerinnen und Lehrern usw., entsprechend der Forderungen der GEW, die hierfür ein
28 Volumen von mindestens 30 Mrd. Euro berechnet hat, für die Gebührenfreiheit des
29 Studiums und Eintreten für ein angemessenes BaföG;
- 30

31 Sofortmaßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung, der Erwerbslosen, der Ju-
32 gend und der Rentner gegen die Krise verlangt staatlichen Investitionen in die öffentliche,
33 kommunale Infrastruktur, in Krankenhäuser, Schulen, Kitas und Universitäten, die Umset-
34 zungen der Forderungen aus ver.di und der GEW, die zugleich Hunderttausende von Ar-
35 beitsplätzen im öffentlichen Dienst schaffen.

36
37 Ein solches Programm hat die Tarifverträge zu garantieren und zugleich die Grundlage
38 dafür zu schaffen, dass die sozialen Sicherungssysteme wieder zu dem werden, was sie
39 sein müssen: Schutz der arbeitenden Bevölkerung vor den großen Lebensrisiken.

40 Ein solches Programm bedarf der Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel.

41
42 **Begründung:**

43 Die Bundeskonferenz der AfA vom 7. – 9.4.2006 hat beschlossen:

44 „Wir sehen es als erste Aufgabe der Sozialdemokratie an, dafür Sorge zu tragen, dass
45 kein weiterer Arbeitsplatz in der Industrie mehr zerstört wird, und dass mit allen politisch
46 zur Verfügung stehenden Mitteln Betriebsschließungen und Produktionsverlagerungen
47 zugunsten des Wettbewerbs und der Rendite verhindert werden müssen.

48
49 Die AfA Bundeskonferenz erinnert an GG Art. 14, der die „Sozialpflicht des Eigentums“
50 als Verfassungsrecht einfordert. So unterliegen auch die Eigentümer der Produktionsmit-
51 tel, deren Verwendung die Interessen der Allgemeinheit berühren, dieser Bindung.

1 Es gibt keine Legitimation, die Produktion und Arbeitsplätze zu zerstören. Es kann keine
2 „Lösung“ darin bestehen, dass über Sozialpläne und Abfindungen immer weitere Arbeits-
3 plätze zerstört werden. Die AfA setzt sich ein für ein Verbot jeder Entlassung und Betriebs-
4 schließung, nur um die Rendite zu erhöhen.
5
6 Wenn die Unternehmer dagegen handeln, müssen der Betrieb und die Arbeitsplätze unter
7 staatlichen Schutz gestellt werden, mit allen materiellen Konsequenzen (wie Rückgabe
8 aller erhaltenen Vorleistungen und Subventionen, aber auch Sicherstellung der von der
9 Belegschaft geschaffenen Gewinne und Vermögenswerte).“
10
11 Das ist die zentrale Antwort im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Entlassungen und zur Ver-
12 teidigung der Tarifverträge gegen Lohndumping, zur Verteidigung unseres Rechts auf ei-
13 nen Arbeitsplatz im Normalarbeitsverhältnis, gestützt auf den Flächentarifvertrag.
14 Das ist zugleich die Basis zur Finanzierung der Forderungen von ver.di, 50 Milliarden zur
15 Rettung der Krankenhäuser bereitzustellen, so wie es der Forderung der GEW entspricht,
16 die 30 Milliarden jährlich für die Bildung fordert.
17

1 **ANTRAG 11**

2
3 **NEIN ZUR PRIVATISIERUNG DER BAHN**

4
5 **Antragsteller: AfA**

6 **Adressat: SPD Parteivorstand + SPD Bundestagsfraktion**

7
8 Auch wenn die Kapitalprivatisierung der DB AG zunächst aufgrund der Weltfinanzkrise
9 verschoben wurde, muss der Bundesparteitagsbeschluss zur Bahnprivatisierung strikt ein-
10 gehalten werden. Das letzte große Staatsunternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge
11 darf nicht den Renditeinteressen von Großinvestoren ausgeliefert werden. Das integrierte
12 Unternehmen darf nicht zerschlagen werden.

13
14 In diesem Zusammenhang muss die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV),
15 die die Förderung der Erhaltung und des Ausbaus der Schieneninfrastruktur regeln soll,
16 dringend überarbeitet werden. In der Anlage 7.5 der LuFV des aktuellen Entwurfes wird
17 z.B. geregelt, dass die Länder für Ausbau-Maßnahmen ggf. eine „auskömmliche Wirt-
18 schaftlichkeitsrechnung für die EIU (Eisenbahninfrastrukturunternehmen)“ sicherstellen
19 sollen (Nachteilsausgleich). Dies bedeutet durch eine langfristige betriebswirtschaftliche
20 Betrachtung und hohe Renditeerwartungen eine Förderung auch der Betriebskosten und
21 damit von über 100% der eigentlichen Baukosten. Dies führt zu unverhältnismäßig hohen
22 Kosten für die öffentliche Hand, der ohnehin schon Geld für den ÖPNV fehlt.

23
24 Der SPD-Unterbezirk Düsseldorf fordert, entsprechend dem Beschluss des Hamburger
25 SPD-Parteitags die Einberufung eines Sonderparteitages der SPD, sofern der Hamburger
26 Beschluss nicht vollständig umgesetzt wird. Außerdem die vollständige Aussetzung aller
27 Aktivitäten in Richtung Kapitalprivatisierung, inkl. der Suche nach möglichen Investoren
28 durch die DB AG. Schließlich fordert der SPD-Unterbezirk Düsseldorf die Überarbeitung
29 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, die als Finanzierungsinstrument unab-
30 hängig von der Kapitalprivatisierung kommen soll und die dem kommunalen ÖPNV die
31 Finanzierungsgrundlage entziehen würde.

32
33 **Begründung:**

34 Die Kapitalprivatisierung der DB AG war auf Grundlage des Vorschlages der Arbeitsgrup-
35 pe der SPD entwickelt worden. Der Vorschlag der SPD-Arbeitsgruppe war jedoch dem
36 Willen von 75% der SPD-Mitglieder, der großen Mehrheit der Bevölkerung und der Ge-
37 werkschaften entgegengesetzt, die die Privatisierung der Bahn, des letzten großen
38 Staatsunternehmens der öffentlichen Daseinsvorsorge, ablehnen. Der Vorschlag der SPD-
39 Arbeitsgruppe unter Kurt Beck öffnete den Weg hin zur vollen Privatisierung der Bahn. Die
40 Renditeerwartungen der privaten Investoren verlangen u.U. Personalabbau, Ausgliede-
41 rungen, Lohnsenkungen, Strecken- und Bahnstillschließungen. Aufgrund des erwarteten
42 zu geringen „Erlöses“ wurde die Kapitalprivatisierung ausgesetzt. Dennoch sind die Pläne
43 nicht vom Tisch und die DB AG versucht weiterhin Investoren zu finden und ihre Markt-
44 position durch z.B. die Regelungen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zu
45 Lasten der öffentlichen Hand zu verbessern.

46
47 Durch den in der Anlage 7.5 der LuFV des aktuellen Entwurfes der LuFV geforderte Si-
48 cherstellung einer "auskömmliche Wirtschaftlichkeitsrechnung für die EIU" (Nachteilsaus-
49 gleich) durch die Länder, werden SPNV-Maßnahmen für die öffentliche Hand teuer und
50 für die privaten Investoren werden alle Risiken und die Gewinne öffentlich finanziert.

1 Da keine zusätzlichen öffentlichen Mittel zur Verfügung stehen, müssen die notwendigen
2 Maßnahmen entweder zeitlich gestreckt oder mehr Regionalisierungs- oder Entflech-
3 tungsgesetzmittel (ehemals GVFG, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) müssen für
4 Maßnahmen des SPNV (Schienenpersonennahverkehr) eingesetzt werden. Verlierer sind
5 dann die Kommunen, für deren ÖPNV dann weniger Mittel zur Verfügung stehen.

6
7 Es kann nicht sein, dass im SPNV alle Risiken und Betriebskosten von den Ländern zu fi-
8 nanzieren sind und die Kommunen in ihrer Finanzverantwortung mehr oder weniger al-
9 lein gelassen werden. Von dem "Privatisierungserlös" sollen ein Drittel für den Bundes-
10 haushalt eingesetzt werden, dem gerade im Rahmen der Finanzkrise Milliarden für die
11 Spekulanten entnommen wurden; ein zweites Drittel für "Eigenkapitalstärkung", d.h. für
12 den Einsatz auf dem internationalen Markt für Aufkäufe und ein letztes Drittel für Investi-
13 tionen.

14
15 Insgesamt bedeutet die Kapitalprivatisierung mit Bildung einer Holding, die Einheit des
16 Betriebes zu zerschlagen, die Trennung von Netz und Betrieb zu organisieren, um den
17 Prozess der Privatisierung zu fördern.

18
19 Die überwältigende Mehrheit der Delegierten auf dem Hamburger Parteitag hat mit ih-
20 rem Nein zur Bahnprivatisierung ihren Willen ausgedrückt:

- 21
22 ■ für den Erhalt der Bahn als Teil des Öffentlichen Dienstes, in alleinigen öffentlichem
23 Eigentum und unter öffentlicher Verantwortung: weil nur so der öffentliche Versor-
24 gungsauftrag garantiert werden kann.
25 ■ für die Verteidigung des Rechts aller Mitglieder in allen Teilen der Gesellschaft auf
26 Mobilität, unabhängig vom Geldbeutel und Wohnort.

27
28 Dies allein können die Grundlagen sozialdemokratischer Bahnpolitik sein!

1 **ANTRAG 12**

2
3 **KLINIKEN DES LANDSCHAFTSVERBANDES RHEINLAND (LVR)**

4
5 **Antragsteller: AfA**

6 **Adressat: SPD Ratsfraktion und SPD-Mitglieder der Landschaftsversammlung**

7
8 Die sozialdemokratischen MandatsträgerInnen in der Landschaftsversammlung des Land-
9 schäftsverbands Rheinland (LVR) werden aufgefordert, sich einzusetzen für:

- 10
11 ■ Keine Neuorganisation der psychiatrischen Kliniken des LVR;
12 ■ Verteidigung der öffentlichen psychiatrischen Krankenhausversorgung für die Bevölke-
13 rung;
14 ■ Erhalt der LVR-Kliniken in ihrer bisherigen kommunalen Rechtsform sowie alle ihrer
15 tarifvertraglich geschützten Arbeitsplätze;
16 ■ Keine Ausgründung von Tochter-GmbH's an den Standorten der Rheinischen Kliniken
17 für Psychiatrie!

18
19 **Begründung:**

20 In den Gremien des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) wurden in den letzten drei Jah-
21 ren Beschlüsse zur sog. Neuorganisation der Rheinischen Kliniken gefasst. Grundlage
22 dafür war ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO. Angesichts des Wider-
23 stands aus der Gewerkschaft und der SPD gegen eine direkte Privatisierung der Kliniken
24 wurde ein Modell "M2" zur "Optimierung der eigenbetrieblichen Rechtsform" beschlossen.

25
26 Am 12.9.2008 wurde im Landschaftsausschuss die LVR-Verwaltung beauftragt, die zur
27 Umsetzung der Neuorganisation notwendigen Regelwerke (Satzungen, Verfügungen etc.)
28 zu ändern und die erforderlichen politischen Beschlüsse vorzubereiten.

- 29
30 ■ Die Kliniken sollen wie Tochterunternehmen einer Konzernmutter LVR geführt werden.
31 ■ Die unternehmerische Freiheit auf Klinikenebene soll gestärkt werden.
32 ■ Die Geschäftsleitung vor Ort soll maximale Entscheidungsfreiheit und -verantwortung
33 zur Sicherung der Klinik am regionalen Markt erhalten.
34 ■ Die Leitung der Kliniken soll künftig durch eine Geschäftsführung unter unternehmeri-
35 schen Gesichtspunkten ausgeübt werden.
36 ■ "Regio-GmbH's" als Töchter des LVR sollen an jedem Klinikstandort gegründet werden,
37 um das wirtschaftliche Handeln vor Ort schneller und flexibler zu machen. In Bezug
38 auf die Regio-GmbH's ist langfristig daran gedacht, die Infrastrukturbereiche aus-
39 zugliedern, und sie zur Übernahme neuer Versorgungsaufgaben zu nutzen. Damit
40 wird die eigentlich öffentliche Rechtsform der Kliniken unterlaufen und ein Einstieg in
41 die Privatisierung vollzogen.

42
43 Noch vor den Kommunalwahlen im nächsten Jahr sollen die politischen Beschlüsse in den
44 Gremien des Landschaftsverbandes Rheinland gefasst werden. So soll bereits am
45 11.12.2008 im Landschaftsausschuss der Beschluss zur "Neukonzeption der Leitungsstruk-
46 tur" der Kliniken gefasst werden.

47
48 Die sozialdemokratischen Mandatsträger aus den Kommunen, insbesondere unsere Düs-
49 seldorfer Ratsmitglieder Walburga Benninghaus und Karl-Josef Keil sowie der Genosse
50 Burkhard Hintzsche stehen in der Verantwortung, zur Erfüllung des kommunalen Auftrags
51 für die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung die Neuorganisation der psychiatri-

1 schen Kliniken des LVR zu stoppen. Das ist auch die Grundlage dafür, die tarifvertraglich
2 geschützten Arbeitsplätze in den LVR-Kliniken zu sichern.
3

1 **ANTRAG 13**

2
3 **REICHES LAND - ARME FRAUEN?**

4
5 **Antragsteller: AsF**

6 **Adressat: Landesparteitag + Bundesparteitag**

7
8 Die Chancen zur Bewältigung der Lebensrisiken sind nach wie vor zwischen Männern und
9 Frauen ungleich verteilt.

10
11 Die Ursache eines spezifischen weiblichen Armutsrisikos liegt weiterhin in der Teilung der
12 gesellschaftlichen Arbeit in unbezahlte Haus- und Familienarbeit und bezahlte Erwerbsar-
13 beit begründet.

14
15 Frauen mit und ohne Kindern, die mit Menschen zusammenleben und deren gemeinsa-
16 mes Haushaltseinkommen oberhalb der Sozialhilfegrenze liegt, werden prinzipiell nicht
17 als arm angesehen, auch wenn sie kein eigenes oder nur ein nicht-existenzsicherndes
18 Einkommen haben. Da unsere Sozialsysteme an die Erwerbsarbeit gekoppelt sind, bleibt
19 für sie ein hohes Armutsrisiko.

20
21 Zielsetzung sozialdemokratischen Handelns muss es sein,

- 22
23 ■ die geschlechtsspezifische Orientierung von Ausbildung und Arbeit zu durchbrechen
24 ■ die Konzentration von Frauen auf Teilzeitarbeit bedingt durch ihre familiäre Situation
25 aufzuheben
26 ■ ungeschützte Arbeitsverhältnisse unmöglich zu machen.

27
28
29 **Daher fordern wir:**

- 30
31 ■ Wiedereinführung der Kommunalen Stellen „Frau + Beruf“ mit einer komfortablen
32 personellen und materiellen Ausstattung ist unverzichtbar, um zusammen mit Schule
33 und Jugendarbeit frühzeitig auf Jugendliche und Eltern einzuwirken;
34 ■ Quotierung von schulischen Praktika, um Mädchen einen Einblick in technische, na-
35 turwissenschaftliche und IT - Berufe zu ermöglichen, desgleichen sollten Jungen in so-
36 ziale –und pflegerische Berufe Einblick erhalten.
37 ■ Einführung eines Mindestlohns in allen Sparten;
38 ■ Umbau der Fördermaßnahmen der Arbeitsagenturen (Arges usw.) mit dem Auftrag,
39 Maßnahmen nicht mehr nach dem Prinzip der kurzfristigen Vermittelbarkeit, sondern
40 der langfristigen Vollzeitbeschäftigung einzusetzen;
41 ■ vermehrte Weiterbildung, Ausbildung und Wiedereingliederung von Frauen in ‚nicht.
42 frauentypische‘ Berufe;
43 ■ Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde jedes Beschäftigungsverhältnisses

44
45 **Begründung:**

46 Auch die Hartz-Reformen haben trotz des Anspruches auf Grundsicherung und des ‚För-
47 derns und Forderns‘, der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und der
48 Einführung des SGB II im Resultat (im Widerspruch zur erklärten Absicht) die Frauen zu
49 den Verliererinnen der Reform gemacht. (IAB-Kurzbericht 2/2008, Seite 2).

50 Die derzeitige Gesetzeslage schreibt die Vermittlung von Erwerbslosen auch in nicht

1 existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse vor und fordert den Übergang in vorgezo-
2 gene Altersrente.

3

4 Zwischen 1995 und 2006 hat die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland einen Zu-
5 wachs von 43 % erfahren. 22 % (6,5 Millionen) aller Beschäftigten sind mittlerweile davon
6 betroffen. Die Ausweitung der Zeit- und Leiharbeit haben zu Lohnsenkungen und nicht
7 zur Sicherung von Arbeitsplätzen geführt.

8

9 Bei den Vollzeitbeschäftigten arbeitet jede/r Vierte für einen Niedriglohn, ebenso ist es
10 jede/r Vierte der Sozialversicherungsbeschäftigten. Erschreckend ist, dass der Frauenan-
11 teil bei den Niedriglohnbeschäftigten bei 70 % liegt. 75% der Beschäftigten in diesen
12 Niedriglohnbereichen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. (Quelle: Universität
13 Duisburg/Essen Institut Arbeit und Qualifikation IAQ-Report 2008-01).

14

15 Bei der Berufsfindung wählen Mädchen immer noch Ausbildungsberufe, die keine eigen-
16 ständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit sicherstellen. Durch die Studiengebühren
17 verzichten zunehmend junge Frauen auf ein Studium. All diese Entwicklungen werden
18 wieder dazu beitragen, dass ganze Frauengenerationen bei ihrem Eintritt in das Renten-
19 alter von Altersarmut betroffen sein werden.

20

1 **ANTRAG 14**

2

3 **GENDERGEMÄßE STATISTIKEN**

4

5 **Antragsteller: AsF**

6 **Adressat: SPD-Bundesregierung**

7

8 Die Chancen zur Bewältigung der Lebensrisiken sind nach wie vor zwischen Männern und
9 Frauen ungleich verteilt.

10

11 Die Bundesregierung wird aufgefordert, gendergemäße Statistiken zu erstellen.

12

13 **Begründung:**

14 Die heutigen Veröffentlichungen der Ministerien und der Agentur für Arbeit
15 ermöglichen keine wirkliche Beurteilung der Situation von Frauen und Mädchen auf dem
16 Arbeitsmarkt und in der Erwerbslosigkeit.

17

1 **ANTRAG 15**

2

3 **UMBAU DER ARGE**

4

5 **Antragsteller: AsF**

6 **Adressat: SPD-Ratsfraktion**

7

8 Die Arge Düsseldorf (oder ihre Nachfolgeorganisation) wird so umgebaut, dass

9

- 10 ■ eine effektive politische Mitwirkung sichergestellt wird
11 ■ alle Maßnahmen darauf ausgerichtet sind, Menschen wieder in die Sozialversiche-
12 rungssysteme einzugliedern (Maßnahmendauer mindestens zwölf Monate)
13 ■ gendergemäße Erhebungen und Maßnahmenplanung

14

15

16 **Begründung:**

17 Dem Geschäftsbericht der Arge Düsseldorf und dem Arbeitsmarktprogramm der Arge
18 Düsseldorf für 2008 ermöglichen keine wirkliche Beurteilung der Situation von Frauen
19 und Mädchen auf dem Düsseldorfer Arbeitsmarkt und in der Erwerbslosigkeit.

20

1 **ANTRAG 16**

2
3 **BILDUNGSCHANCEN UND SOZIALE HERKUNFT ENTKOPPELN**

4
5 **Antragsteller: AfB**

6 **Adressat: SPD-Ratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-BT-Fraktion,**
7 **Michael Müller MdB und Karin Kortmann MdB, Claudia Nell-Paul MdL**

8
9 **BILDUNGSCHANCEN UND SOZIALE HERKUNFT ENTKOPPELN**

10 Die Bundesregierung plant mit einem Schulbedarfspaket, Familien, die von Hartz IV oder
11 Sozialhilfe leben, durch eine jährliche Zahlung von 100 Euro pro Kind zu entlasten. Dies
12 ist grundsätzlich zu begrüßen.

13
14 Da diese Zahlung allerdings auf die ersten 10 Schuljahre (Ende der allgemeinen Schul-
15 pflicht) begrenzt ist und der Betrag bei weitem die tatsächlich anfallenden Kosten unter-
16 schreitet muss das Schulbedarfspaket modifiziert werden:

- 17
18 ■ Der Betrag wird bis zum Ende der Schulzeit, also Klasse 12 bzw. 13 gezahlt!
19 ■ Der Betrag wird auf 150 Euro erhöht.
20 ■ Die Stadt Düsseldorf ergänzt die Maßnahme der Bundesregierung, indem sie diese
21 Leistung allen verbleibenden Düsseldorfsempfängern zukommen lässt.

22
23 Studiengebühren sind ein weiteres Bildungshemmnis für Kinder aus einkommensschwachen
24 Familien. Deshalb müssen Maßnahmen zur Abmilderung der Ausgrenzung dieser
25 Kinder von akademischen Ausbildungsgängen ergriffen werden:

- 26
27 ■ Die SPD Düsseldorf fordert die NRWSPD auf, sich weiterhin für Abschaffung von Stu-
28 diengebühren einzusetzen.
29 ■ Die Stadt Düsseldorf soll ein Stipendienprogramm auflegen, durch das Studierende
30 mit erstem Wohnsitz in Düsseldorf ihre Studiengebühren neutralisieren können.

31
32 **Begründung:**

33 Die Begrenzung auf die Klassen 1 bis 10 manifestiert den Status Quo, dass Kinder aus
34 einkommensschwachen Familien der Zugang zum Abitur unverhältnismäßig erschwert
35 wird. Die hohe Selektion im deutschen Bildungssystem nach sozialer Herkunft wird ze-
36 mentiert. Bildungspotentiale bleiben aus ökonomischen Gründen ungenutzt.

37
38 Auch GEW und Bundeselternrat kritisieren, dass der Bildungserfolg weiterhin vom finan-
39 ziellen Leistungsvermögen der Eltern abhängt, da in der gymnasialen Oberstufe beson-
40 ders hohe Kosten anfallen.

41 Die Höhe des Schulbedarfspakets in Höhe von 100 Euro entspricht bei weitem nicht dem,
42 was das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie ausgerechnet hat. Demnach
43 fallen inklusive Klassenfahrten 700 bis 800 Euro Kosten pro Schuljahr an. Deshalb ist eine
44 Erhöhung auf 150 Euro als Minimum zu fordern. Düsseldorfsempfänger sind ebenso zu
45 berücksichtigen, damit ihr Einkommen real letztendlich nicht das der Hartz IV Bezieher
46 unterschreitet.

47
48 Die Studiengebühren sind neben den Kosten für den Lebensunterhalt und die bildungs-
49 bedingten Ausgaben eine weitere, nicht zu unterschätzende finanzielle Belastung für die

1 Studierenden. Die Möglichkeiten, sich durch Jobs finanziell über Wasser zu halten, sind
2 begrenzt. Den Studierenden fehlt dazu häufig die nötige „Freizeit“.
3
4 Dies trifft insbesondere Kinder aus einkommensschwachen Familien, die nicht mit der
5 finanziellen Unterstützung ihrer Eltern rechnen können. Deshalb fordert die SPD Düssel-
6 dorf weiterhin die Abschaffung der Studiengebühren.
7
8 Um unter den gegebenen Umständen die Möglichkeiten der genannten Familien, Ihre
9 Kinder jetzt studieren zu lassen, zu verbessern, soll die Stadt Düsseldorf ein Stipendien-
10 programm realisieren. Stipendien können an Düsseldorfer Studierende beispielsweise
11 nach Kriterien wie Begabung und Familieneinkommen vergeben werden. Dabei sind die
12 Finanzierungsübernahme der Studiengebühren, entsprechende zinsfreie Darlehen, Sti-
13 pendien für Auslandssemester (z.B. in Düsseldorfs Partnerstädten) Unterhaltsbeihilfen o-
14 der bezahlte Praktikumsangebote denkbar.
15

2
3 **RESOLUTION: FÜR EIN SOZIALES EUROPA**

4
5 Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einer reinen Wirtschaftsunion zu einer politischen Union weiterentwickelt, die es weiter zu vertiefen gilt.
6 Der Vertrag von Lissabon wäre ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung und
7 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden nicht nachlassen, sich für das Inkrafttreten dieses Vertrages einzusetzen.
8
9

10
11 Die Grundrechtecharta, die weit über den Grundrechtskatalog des deutschen Grundgesetzes und die Grundrechtecharta der UN hinausgeht, würde für alle Mitgliedstaaten
12 verbindlich werden. Mit den dort verankerten sozialen Rechten, die insbesondere von Sozialdemokraten erstritten wurden, würde das soziale Europa neue Schubkraft erhalten,
13 die Menschen in den Mittelpunkt des europäischen Handels stellen und so Europa insgesamt näher an die Menschen heranführen. Verbindliche Sozialverträglichkeitsprüfungen
14 bei allen Gesetzgebungsinitiativen, wie sie der Vertrag von Lissabon vorschreibt, sind ein
15 weiterer wichtiger Baustein für die Errichtung eines sozialen Europas. Bis zum Inkrafttreten
16 des Vertrages muss es eine entsprechende Selbstverpflichtung der EU geben.
17
18
19

20
21 Die europäische Union hat bereits heute eine soziale Dimension. Die EU hat wichtige
22 Standards gesetzt in den Bereichen der Gleichstellung, der Antidiskriminierung, im Arbeitsrecht, beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist dabei
23 nur ein Beispiel für sozialdemokratische Sozialpolitik. Es ist der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament zu verdanken, dass die Dienstleistungsrichtlinie vom „Kopf auf die
24 Füße gestellt“ wurde und nunmehr heimische Dienstleistungsanbieter/innen und Arbeitnehmer/innen vor einem ruinösen Wettbewerb aus Niedriglohnländern schützt. Wegweisendes
25 wurde auch beim Umwelt- und Verbraucherschutz erreicht. Darauf lässt sich aufbauen, aber wir sind noch weit von einem sozialen Europa entfernt, das Sozialdemokratinnen
26 und Sozialdemokraten anstreben. Noch hat die wirtschaftliche Integration Vorrang vor der sozialen. Das wollen wir ändern: auf der europäischen Ebene müssen fairer wirtschaftlicher
27 Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit gleichen Rang bekommen – im Mittelpunkt müssen die Menschen stehen.
28
29
30
31
32
33
34

35 **Wir wollen:**

- 36
37 ■ einen sozialen Stabilitätspakt, mit Vorgaben und Standards für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit;
38 ■ eine aktive europäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Der Vertrag von Lissabon stellt an die Union die Anforderung, auf eine soziale Marktwirtschaft hinzuwirken,
39 die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es auch einer verbesserten Koordination der Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik in der EU;
40 ■ den ruinösen Steuersenkungswettbewerb beenden. Wir brauchen einheitliche Bemessungsgrundlagen und europäischer Regelungen für die Mindestbesteuerung von Unternehmen;
41 ■ eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte und eine europäische Bankenaufsicht, eine einheitliche Regulierung von Hedge- und Private-Equity-Fonds sowie klare Regeln für Ratingagenturen;
42 ■ dass die Menschen überall in Europa von ihrem Lohn leben können. Deshalb brauchen wir verbindliche Vorgaben auf europäischer Ebene für einen existenzsichernden
43 Mindestlohn, der mindestens 60 % der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne betragen muss;
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

- 1 ■ gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, auch in der Leiharbeit. Die hierzu
2 gerade verabschiedete Richtlinie muss in Deutschland entsprechend umgesetzt wer-
3 den und das Arbeitsnehmerüberlassungsgesetz dahingehend geändert werden, dass
4 Leiharbeiter grundsätzlich wie Stammbeschäftigte bezahlt werden.
- 5 ■ eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie, die den sozialen Schutz in den Vorder-
6 grund stellt. Damit würde das europäische Vergaberecht mit der Möglichkeit, ortsüb-
7 liche Tarife bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen, endlich voll zur
8 Anwendung kommen. Eine einseitige Auslegung zugunsten der Dienstleistungsfreiheit
9 wie in den Urteilen des EuGH Laval und Rüffert geschehen wäre damit zukünftig aus-
10 geschlossen. Das Endsenderecht muss im Übrigen in Deutschland umfassend umge-
11 setzt werden und darf sich nicht nur auf einzelne Branchen beschränken.
- 12 ■ die Mitbestimmung stärken und die Richtlinie für Europäische Betriebsräte modernisie-
13 ren. Die Perspektive ist ein europäisches Betriebsverfassungsgesetz.
- 14 ■ die einseitige Orientierung auf Liberalisierung und wirtschaftliche Interessen von Un-
15 ternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge zurückdrängen. Gerade die Kommunen
16 brauchen klare Regelungen für die öffentliche Daseinsvorsorge, die es den Mitglied-
17 staaten überlässt, festzulegen, welche Bereiche sie der öffentlichen Daseinsvorsorge
18 zurechnen und daher nicht dem freien Spiel der freien Kräfte unterworfen werden
19 dürfen. Die Kommunen müssen selbst entscheiden können, ob und wie sie eine öf-
20 fentliche Dienstleistung entweder selbst erbringen, ein kommunales Unternehmen
21 damit betrauen oder die Erbringung einer Dienstleistung durch Dritte wahrnehmen
22 lassen. Das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung darf nicht europäische ausge-
23 höhlt werden. Auch hier macht der Vertrag von Lissabon klare Vorgaben zur Anwen-
24 dung des Subsidiaritätsprinzips und damit zur Anerkennung der Rechte unserer Städte
25 und Gemeinden.

26
27 21 von 27 Mitgliedsstaaten sind zurzeit mehrheitlich konservativ regiert, entsprechend
28 sind auch die Mehrheiten in der EU-Kommission und im Ministerrat. Die EVP stellt die
29 stärkste Fraktion im EP, auch wenn sie dort nicht über die erforderliche absolute Mehrheit
30 verfügt. Solange in der EU diese konservativen und marktliberalen Kräfte eine Mehrheit
31 haben, ist es schwer, sozialdemokratische Positionen in Europa durchzusetzen - 2009
32 können die Weichen für ein soziales Europa neu gestellt werden:

- 33
34 ■ Am 7. Juni 2009 wird das Europäische Parlament neu gewählt, hier wird es darauf
35 ankommen mit einer starken Sozialdemokratischen Fraktion in das neue Parlament
36 einzuziehen. Die deutsche Sozialdemokratie muss hierfür ihren Beitrag leisten.
- 37 ■ Am 27. September 2009 sind Bundestagswahlen. Hier entscheidet sich, ob Deutsch-
38 land als eines der Stärksten Länder im EU-Ministerrat zukünftig mit seiner Stimme ei-
39 ner gegenüber sozialen Belangen blinden Politik der Liberalisierung und Deregulie-
40 rung zum Erfolg verhilft, oder aber mit Hilfe einer sozialdemokratisch geführten Bun-
41 desregierung das Projekt des sozialen Europas weiter vorantreiben wird.
- 42 ■ Im Herbst 2009 wird eine neue EU-Kommission gewählt, hier hat das neu gewählte
43 Europäische Parlament ein entscheidendes Wort mitzureden – es wählt nicht nur den
44 Kommissionspräsidenten, sondern die Kommission insgesamt ist von der Zustimmung
45 durch das Parlament abhängig. Es ist also auch eine Frage der Mehrheiten im EP, ob
46 die Gesetzesinitiativen der Kommission in der nächsten Periode weiterhin neoliberale
47 Schlagseite haben werden oder aber die soziale Dimension und damit die Menschen
48 im Mittelpunkt des Handelns stehen werden.

49
50 Die SPD-Düsseldorf wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, ihren Beitrag dazu zu leisten,
51 dass das 2009 ein gutes Jahr für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Europa
52 wird.

53

1
2
3
4
5
6
7
8
9

Düsseldorf, 12.01.2009